

Kommentare aus der Politik

Gemeinsam mit weiteren Bildungsverbänden hat die die bag arbeit am 04. Juli 2023 in einem offenen Brief an die Bundesregierung, das Gesamtprogramm Sprache mit seinen Integration- und Berufssprachkursen für Zugewanderte zu retten und zukunftsfähig zu stärken. Wir haben Politiker:innen gebeten, zu unserem Aufruf Stellung zu beziehen.

Ein zentrales Ziel der hessischen Arbeitsmarktförderung ist, Benachteiligte in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir unterstützen mit Sofortangeboten Personen, die den rasanten Wandel ohne individuelle Unterstützung kaum bewältigen können und adressieren gleichzeitig langfristige gesellschaftliche Herausforderungen wie Digitalisierung, Migration und Nachhaltigkeit, ohne ihre sozialen Folgen aus dem Blick zu verlieren.

Bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels oder bei der verstärkten Integration geflüchteter Menschen in den Arbeitsmarkt sowie beim Übergang von der Schule in den Beruf wird immer wieder deutlich, dass Sprache – vor allem die jeweilige fachspezifische Berufssprache – ein zentraler Faktor für gelingende Arbeits- und Ausbildungsmarkintegration ist.

Deshalb hat Hessen im engen Austausch mit den Bildungs- und Qualifizierungsträgern der hessischen Arbeitsmarktförderung mit seinem neuen Programm „Berufsqualifizierende Sprachförderung Plus“ (BQS+) einen innovativen eigenen Weg eingeschlagen. Die Basis dafür bilden im Rahmen eines Projekts der Ludwig-Maximilians-Universität München entwickelte Qualitätsstandards.

Durch dieses Projekt und aufgrund unseres regelmäßigen Austauschs mit den Trägern der Arbeitsmarktförderung wissen wir: Sprache ist auch eine zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme an berufsorientierenden und -qualifizierenden Projekten. Genau da setzt BQS+ an: Es unterstützt Menschen, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Hessen teilnehmen, passgenau auf ihrem Weg in Ausbildung und Arbeit.

Die Idee hinter dem neuen ESF+-Programm: Qualifizierung und Sprachförderung werden miteinander verwoben und zusammen gedacht. Der Fachunterricht wird sprachsensibel, der Sprachunterricht fachsensibel umgesetzt. Teilnehmende profitieren, weil sie auf ihre Berufsfelder vorbereitet werden. Durch diese Qualifizierung passend zu ihrer Ausbildung im Herkunftsland und/oder ihrem Zielberufsfeld steigt die Motivation.



Kai Klose ist seit 2019 Abgeordneter der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag und Hessischer Minister für Soziales und Integration.

Gleichzeitig unterstützen wir in BQS+ die teilnehmenden Träger mit einer begleitenden Beratung, mit kostenfreien Schulungen und Weiterqualifizierungen für das Lehrpersonal, also Sprach- und Fachlehrkräfte. Wir stimulieren so einen qualitativ hochwertigen berufsqualifizierenden Sprachunterricht.

Über eine 90-Prozent-Finanzierung der Projekte und die erwähnten Fortbildungen schaffen wir hierfür die Voraussetzungen. Indem Lehrkräfte neben einer kürzeren 30-Stunden-Einstiegsqualifizierung auch längere DaF-/DaZ-Qualifizierungen (120 bzw. 300 Stunden) besuchen können, erhalten sie eine fundierte Fortbildung.

Mit diesem hessischen Weg schaffen wir grundsätzliche Planungssicherheit bis zum Ende der Förderperiode des ESF+ 2028, befinden uns aber gleichzeitig in einem Lernprozess, in dem wir das Programm im Austausch mit den BQS+-Trägern stetig weiterentwickeln. Mit den hohen Qualitätsstandards, der umfangreichen Beteiligungsorientierung und der Begleitstruktur sind wir auf einem vielversprechenden Weg.

Mehrere Bildungsverbände und weitere Akteure aus dem Bildungsbereich fordern in einem offenen Brief an die Bundesregierung das Gesamtprogramm Sprache mit seinen Integrations- und Berufssprachkursen für Zugewanderte zu retten und zukunftsfähig zu stärken. Dazu seien insbesondere gut ausgestattete Bildungsträger und viele hochqualifizierte Lehrkräfte nötig.

Dem Gesamtprogramm Sprache liegt mein Integrationsverständnis des Förderns und Forderns zugrunde. Denn das Gesamtprogramm schafft die notwendigen Brücken zwischen den verschiedenen Integrationsstadien. Dabei legen die Integrationskurse die Basis, indem sie Kenntnisse zur Rechtsordnung, Geschichte und Kultur Deutschlands sowie die deutsche Sprache bis zum Niveau B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens vermitteln. Auf dieser Basis aufbauend schließen sich die Berufssprachkurse an, die im besonderen Maße darauf ausgerichtet sind, die Chancen der Menschen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern. Arbeit und die Chance auf berufliche Teilhabe ist neben den dafür notwendigen Kenntnissen der deutschen Sprache einer der wesentlichen Punkte für eine erfolgreiche Integration.

Damit dieses Gesamtkonzept funktioniert, braucht es zuvorderst qualifizierte Lehrkräfte. Denn nur durch diese kann gewährleistet werden, dass die Kursteilnehmer die schwierige Fremdsprache Deutsch erlernen können. Diese qualifizierten Lehrkräfte sind auf Dauer nur zu bekommen bzw. zu halten, wenn sie für ihren Unterricht angemessen bezahlt werden.

Wir als Union haben uns bereits in der Vergangenheit dafür eingesetzt die Situation der Honorar-



Nina Warken ist von 2013 bis 2017 und seit 2018 CDU-Bundestagsabgeordnete. Seit 2021 ist sie zudem Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie Berichterstatterin für Integration.

lehrkräfte zu verbessern, indem wir für die Erhöhung des Kostenerstattungssatzes eingetreten sind. Im Übrigen haben wir uns auch dafür eingesetzt, dass Lehrerinnen und Lehrern ein angemessenes (Mindest-) Honorar gezahlt bekommen. Wenn es um die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte geht, sitzen der Bund und die Träger in einem Boot. Dabei können auch die Träger ihren Beitrag leisten, etwa durch eine Urlaubsentgeltzahlung an die freiberuflichen Lehrkräfte. Zu einem guten

Arbeitsumfeld gehört auch, dass die Lehrkräfte nicht mit unnötiger Bürokratie belastet werden. Auch hier liegt es sowohl am Bund als auch an den Trägern die Prozesse dahingehend zu optimieren, dass Bürokratie abgebaut wird, und wenn Bürokratie unumgänglich ist, diese soweit möglich den Lehrkräften abgenommen wird. Die oftmals geforderte Festanstellung der Lehrer bringt Vor- und Nachteile mit sich. Auch die Meinungen der Lehrkräfte gehen in diesem Punkt auseinander. Unabhängig davon ist es wichtig, dass die Lehrerinnen und Lehrer für ihre Arbeit angemessen und entsprechend ihrer Qualifikation fair und vergleichensgruppengerecht bezahlt werden. Daher ist es auch perspektivisch sinnvoll den Kostenerstattungssatz noch weiter zu erhöhen, damit die Träger finanziell stärker entlastet werden.

Wir als Union setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Träger des Gesamtprogramms Sprache eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung zur Verfügung gestellt bekommen, da nur so Planungs- und damit auch Handlungssicherheit für alle Akteure des Programms geschaffen werden kann.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration. So abstrakt diese These klingen mag, so sehr ist sie doch wahr. Das habe ich selbst erlebt, als ich als achtjähriges Mädchen in der 2. Klasse eingeschult wurde, ohne ein Wort Deutsch sprechen zu können. Noch heute bin ich meinen Schullehrerinnen und -lehrern dankbar, die mir mit viel Engagement geholfen haben, die deutsche Sprache zu erlernen. Mit der Sprache kam die Teilhabe. Doch diese Möglichkeit, die Sprache zu lernen, ist kein Selbstverständlichkeit. Auch das habe ich damals erlebt. Für Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter gab es damals kaum Sprachangebote, was gerade auch jetzt im Ruhestand zu einem Mangel an Teilhabe führt.

Als Staat dürfen wir die Fehler von damals nicht wiederholen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir ein gutes und vielfältiges Integrations- und Sprachkursangebot haben und dieses weiter stärken. Das gilt umso mehr, als dass wir auch heute wieder mehr Zuwanderung benötigen, um den sich zuspitzenden Mangel an Fach- und Arbeitskräften zu bekämpfen.

In vielerlei Hinsicht hat sich unsere „Infrastruktur der Integration“ in den vergangenen Jahren verbessert. Dass Deutschland hier Fortschritte gemacht hat, liegt auch daran, dass wir heute kaum noch jemanden im demokratischen Spektrum davon überzeugen müssen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Mit über 1 Milliarde Euro hat der Bund im laufenden Jahr Mittel in Rekordhöhe für das Integrationskurssystem bereitgestellt. Und schon im vergangenen Jahr wurde ein weiterer Rekord aufgestellt: Damals haben mehr als 500.000 Zugewanderte einen Kurs beginnen können.

Als Ampelkoalition haben wir uns vorgenommen, dieses System der Integrationskurse nicht nur weiter zu stärken, sondern auch zu verbessern. Das gilt für die Bedingungen für Kursträger, Lehrende und Teilnehmende gleichermaßen. Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass es hier Verbesserungspotential gibt. Dabei ist es unser Ziel, das gesamte System weiterzuentwickeln und den Anforderungen anzupassen. Deshalb bin ich froh, dass der



Gülistan Yüksel ist Bundestagsabgeordnete der SPD und stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe Migration und Integration.

Haushaltsausschuss die Bundesregierung im vergangenen Jahr per Maßgabenbeschluss einen umfassenden Bericht zur substanziellen und zukunftsfähigen Weiterentwicklung des Integrationskurssystems angefordert hat. Darin wird das Bundesinnenministerium konkret aufgefordert, insbesondere auf die Vermeidung eines künftigen Fachkräftemangels im Bereich der Integrationskurse, die Verankerung guter Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten (einschließlich der Aspekte Befristung, Unterrichtszeiten, Entbürokratisierung und Vergütung), eine nachhaltig auskömmliche Kostenerstattung für die Träger sowie eine Verbesserung der Bedingungen für die Teilnehmenden einzugehen. Ich hoffe sehr, dass wir auf Grundlage des Berichts strukturelle und nachhaltige Fortschritte für Träger, Lehrkräfte und Teilnehmende erreichen können.

So wichtig diese Detailfragen sind, so wichtig ist es auch, in der breiten Öffentlichkeit immer wieder den gesellschaftlichen Wert der Integrationskurse darzustellen. Denn nur so können wir langfristig die Angebote gewährleisten, die einem modernen Einwanderungsland gerecht werden und Teilhabe für alle ermöglichen.



Constantin Borges (Schatzmeister) und Paavo Czwikla (Pressesprecher) sind Mitglieder der Jungen Liberalen, die als liberaler Jugendverband in Deutschland und als Vorfeldorganisation der FDP tätig sind.

Gesellschaftliche Teilhabe und eine starke Wirtschaft ermöglichen sozialen Aufstieg.

Der Fachkräftemangel bedroht unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sprache ist der Schlüssel zu Integration und damit zu gesellschaftlicher Teilhabe. Erst Teilhabe und eine starke Wirtschaft ermöglichen sozialen Aufstieg. Diese Aussagen sind Kernsätze liberaler Politik, sie müssen im Alltag mit Leben gefüllt werden. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Ampel hat sich diesem Alltag nach Jahrzehnten versäumter Chancen gestellt. Deutschland beginnt damit endlich, seinen Status als Einwanderungsland zu akzeptieren. Soll Einwanderung gelingen, dürfen Maßnahmen allerdings nicht an der deutschen Grenze enden. Zur Eingliederung der Zugewanderten sind Integrationsmaßnahmen entscheidend. Gleiches gilt für Menschen, die in Deutschland Asyl genießen oder als Geflüchtete zu uns gekommen sind. Allen Menschen mit einer Bleibeperspektive müssen wir Angebote machen, die das Ankommen in Deutschland erleichtern. Sprache ist dabei zentral.

Hand in Hand mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz müssen deshalb Maßnahmen zur Stärkung des Sprachunterrichts gehen. Besonders akut ist der dramatische Mangel an qualifizierten DaZ/

DaF-Lehrkräften, trotz steigender Zahlen von Geflüchteten. Viele verlassen Integrations- und Berufssprachkurse auf der Suche nach vermeintlich besseren beruflichen Perspektiven. Als DaZ/DaF-Lehrer erlebt Constantin diese Entwicklung hautnah. Die Arbeit der DaZ/DaF-Lehrkräfte ist entscheidend für die Integration, es ist unverzichtbar, ihre Arbeit angemessen zu würdigen und zu entlohnen. Lehrkräfte in Integrations- und Berufssprachkursen sollten Gehälter erhalten, die ihrem Engagement und ihrer Qualifikation entsprechen – vergleichbar mit dem allgemeinen Schuldienst. Dringend benötigen wir auch eine nachhaltige Reform und Stärkung des Gesamtprogramms Sprache, die ausreichende Ressourcen, qualifizierte Lehrkräfte, langfristige Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung gewährleistet. Nur so bleibt Integration möglich und der Wirtschaftsstandort Deutschland wird langfristig gesichert. Zentral ist dafür in unseren Augen, dass die Bundesländer sich nicht aus der Affäre ziehen: Solange die bildungspolitischen Kompetenzen im Allgemeinen bei ihnen liegen, müssen sie auch die Finanzierung (mit-)tragen und entstehende Lücken schließen. Diese Verantwortung liegt bei der Kultusministerkonferenz (KMK).

Wir sind überzeugt: Für die Integration braucht es flankierende Maßnahmen, die zugleich geeignet sind, den Druck aus unserem Bildungssystem zu nehmen. Deshalb fordern wir die Einführung ehrenamtlicher Integrationspaten für Geflüchtete, die bei der Integration in die deutsche Gesellschaft unterstützen. Dieses Konzept wird in Staaten wie Kanada bereits erfolgreich angewendet. Auch die Gesellschaft trägt so ihren Teil bei.

Richten wir den Blick zusätzlich auf Kinder und Jugendliche, halten wir insbesondere in der Frühbildung weitere Maßnahmen für bedeutsam, um Integration durch Sprache dauerhaft zu stärken. Mit regelmäßigen Sprachstandserhebungen wollen sicherstellen, dass alle Kinder über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen und andernfalls mit Förderprogrammen gezielt nachsteuern.

Wenn Politik, Verbände und Gesellschaft diese Herausforderungen gemeinsam angehen, dann kann es gelingen, das Versprechen von Sprache als Schlüssel zur Integration für Menschen, die nach Deutschland kommen, mit Leben zu füllen.